

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 11.10.2012</p>
--

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 15.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Golasowski
Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann
Herr Jägers
Herr Schmitz
Herr Gottschalk
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp
Herr Imhoff
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck
Herr Saffe
Frau Dr. Schaefer

II Verwaltung

Herr Dr. Sünnemann
Frau Zimmermann
Frau Kleemann
Herr Lübbling von Gärtner
Herr Eickhoff
Frau Kamp
Herr Donaubauer
Frau Urban
Frau Rüpke
Herr Viering
Herr Steffe
Frau Schemmel
Frau Köhnlein
Herr Weiss
Frau Piesker
Herr Bartsch
Herr Just
Frau Pieper

Der Senator für Umwelt, Bau und
Verkehr

ASV

III Gäste

Herr Becker

Umweltschutzamt Bremerhaven

IV Gastdeputierte

Herr Sulimma

SPD

Herr Saxe

Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Werner

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Neumeyer

CDU

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

Die nächste Sitzung der Deputation soll in Bremerhaven stattfinden. Der Tagungsraum direkt im Anschluss an die Räumlichkeiten der Regionalkonferenz kostet 310 € zuzüglich Getränke. Alternativ besteht die Möglichkeit im Stadthaus Bremerhaven zu tagen, dort müssten nur die Kosten der Verpflegung getragen werden.

Die Deputierten sprechen sich für den kostengünstigen Tagungsort im Stadthaus aus, bitten aber um Prüfung, ob in den Räumlichkeiten von bremenports getagt werden könnte.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Zu TOP 5c **Regelungen zu Ausnahmegenehmigungen für Lang- LKW** erfolgt vorerst nur ein mündlicher Bericht, ein schriftlicher Bericht wird zu einer der folgenden Sitzungen vorgelegt.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung des Protokolls 18/14 vom 06.09.2012	
--------------	--	--

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Verlängerung der Straßenbahnlinie 1 nach Mittelshuchting und der Straßenbahnlinie 8 nach Stuhr / Weye - Ergebnisse der Bürgerbeteiligung und weiteres Vorgehen -5-	Vorlage L/S 18/166
--------------	--	-----------------------

Herr Jägers begrüßt das Ergebnis der Diskussion. Die Anregungen und Kritikpunkte aus den Bürgerbeteiligungsverfahren seien zum großen Teil in die Beschlussvorlage aufgenommen worden und können nun im weiteren Verfahren abgearbeitet werden.

Herr Saxe weist darauf hin, dass das Verfahren dazu geführt habe, dass man sich erneut mit den Problempunkten auseinandergesetzt hat und diese nun im Weiteren Berücksichtigung finden.

Herr Hipp kritisiert die Kurzfristigkeit der Vorlage. Gleichwohl gibt es in der Sache Einigkeit zwischen den Fraktionen.

Herr Pohlmann erinnert an die Debatte im Landtag und freut sich, dass mit der Beschlussvorlage ein gutes Ergebnis vorliegt.

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L/S) stimmt der Finanzierung der Planungsmittel zu.

- einstimmig -

TOP 5	Berichte der Verwaltung	
TOP 5a)	Jahresbericht 2011 über Immissionsmessungen im Land Bremen -22-	BdV schriftlich

Frau Dr. Schaefer möchte wissen, welche Maßnahmen es gibt, um die Grenzwertüberschreitungen für NO₂ und Feinstaub insbesondere an den Messstationen Dobbenweg, Nordstraße und an der Cherbourger Str. dauerhaft zu senken.

Herr Gottschalk weist darauf hin, dass für die Überschreitungen derzeit noch Fristverlängerungen beantragt wurden. Er möchte wissen, wie hoch die möglichen Strafzahlungen der EU bei künftigen Grenzwertüberschreitungen sein können und welche Maßnahmen bei drohenden Grenzwertüberschreitungen angewandt werden können.

Herr Hipp stellt fest, dass zwar für die meisten Luftschadstoffe an einigen Messstellen eine Verbesserung ablesbar sei, aber gerade bei Feinstaub und NO₂ die Werte der Messstellen Dobbenweg, Nordstraße und Cherbourger Straße zu hoch seien. Er konstatiert, dass die Umweltzone keinen erkennbaren Einfluss auf die Belastung habe. Vor diesem Hintergrund möchte er wissen, welche alternativen Möglichkeiten es gäbe, um für die belasteten Bereiche die Werte für Feinstaub zu senken.

Herr Strohmann fragt, inwieweit Kleinf Feuerungsanlagen Einfluss auf die Feinstaubbelastung in der Stadt haben.

Frau Dr. Schaefer erklärt, dass eine Umweltzone erst nach Einsetzen der letzten Phase wirklich greife. Die Nordstraße liege zudem nicht innerhalb der Umweltzone. Sie stimmt zu, dass auch der Einfluss von privaten Kleinf Feuerungsanlagen untersucht werden müsse.

Herr Senator Lohse führt an, dass seit Inkrafttreten der letzten Phase der Umweltzone noch kein vollständiges Bezugsjahr hinsichtlich der Messungen vorliege. Dies sei abzuwarten. Es gibt auch immer eine Überlagerung mit den meteorologischen Effekten, in niederschlagsreichen Jahren gibt es weniger Probleme mit den Luftschadstoffen.

Es liegen keine Vergleichszahlen vor, wie hoch die Feinstaubbelastung ohne Einführung der Umweltzone wäre. Das Umweltbundesamt hat festgestellt, dass sich zwar durch die Umweltzone die Feinstaubbelastung um ca. 10 % vermindern. Allerdings haben Messungen der Einzelparameter ergeben, dass die Belastung durch polyzyklische Aromaten aus dem

Dieselruß, deren krankmachendes Potential inzwischen anerkannt ist, um 50% zurückgegangen sei.

In München habe eine Anwohnerin erfolgreich die Stadt auf eine Verschärfung der Umweltzone verklagt.

In einem Vertragsverletzungsverfahren aufgrund der Grenzwertüberschreitungen werde geprüft und berücksichtigt, ob die Kommune alle ihr zur Verfügung stehenden Maßnahmen eingesetzt hat, um die Schadstoffbelastung zu mindern. Die Umweltzone sei dabei anerkannt die wirksamste Maßnahme.

Zukünftig sei davon auszugehen, dass durch die kontinuierliche Erneuerung der Fahrzeuge und energetische Sanierungsmaßnahmen die Belastung eher sinken werde.

Frau Kamp erläutert, dass die Umweltzone mit Hilfe einer Wirkungsanalyse betrachtet werden solle. Diese solle nach den Beschlüssen der Deputation und des Senats dann erfolgen, wenn ein ausreichender Zeitraum seit der Einführung der letzten Phase betrachtet werden könne. Dies werde voraussichtlich Anfang 2014 der Fall sein.

Gleichwohl werde stetig nach weiteren Maßnahmen zur Verminderung von Luftschadstoffen geforscht. Auch der Einfluss von Kleinfeuerungsanlagen werde betrachtet. Dazu habe es ein Pilotprojekt in Findorff gegeben. Es sei unstrittig, dass die Kleinfeuerungsanlagen einen messbaren Einfluss auf die Feinstaubbelastung haben. Welche Maßnahmen hier greifen können, werde noch geprüft.

Eine weitere Möglichkeit zur Verbesserung der Luftqualität wird im Bereich der Baustellefahrzeuge gesehen. Derzeit wird eine Regelung vorbereitet, wonach auch Fahrzeuge, die auf Baustellen innerhalb der Umweltzone eingesetzt werden, mit einem Partikelfilter ausgerüstet werden müssen.

In der Nordstraße wurde eine Ampelphase verändert, dies führte bereits zu einer messbaren Verbesserung der Luftqualität.

Die hohe Belastung am Dobbenweg sei mit beeinflusst durch die außergewöhnliche Wetterlage im letzten Jahr.

Herr Jägers verweist dazu auf eine laufende parlamentarische Anfrage. Die Baufirmen sollen zum Einbau von Dieselrußfiltern an Baufahrzeugen verpflichtet werden können. Im Vordergrund müsse hier der Arbeits- und Gesundheitsschutz für Beschäftigte und Anwohnerinnen und Anwohner stehen und nicht wirtschaftliche Interessen.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt von den Ergebnissen der Immissionsmessungen 2011 Kenntnis.

einstimmig

TOP 5b)	Bahnhöfe im Land Bremen - Qualitätscheck -52-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

einstimmig

TOP 5c)	Regelungen zu Ausnahmegenehmigungen für Lang- LKW -5-	BdV schriftlich
----------------	---	--------------------

Herr Senator Lohse erinnert an den Beschluss der Bürgerschaft, am Feldversuch mit Lang-LKW nicht teilzunehmen.

Das Ressort ist kontinuierlich im Gespräch mit den interessierten Unternehmen. Es entspräche nicht der Wahrheit, dass Anträge ohne Reaktion im Ressort unbeantwortet liegen würden. Nach der derzeitigen Rechtslage hätte man, sofern ein schriftlicher Bescheid zu den Anträgen gewünscht worden wäre, die Anträge ablehnen müssen. Daher wurde seitens des Ressorts auf Information und Gespräche gesetzt.

Es zeichne sich derzeit möglicherweise eine Lösung ab. Aufgrund der Eigentumsverhältnisse könne der Bundesverkehrsminister anordnen, dass die Streckenabschnitte der A1 und der A 27, die über Bremisches Gebiet führen, im Rahmen eines Lückenschlusses zwischen den niedersächsischen Abschnitten freigegeben werden.

Dem könnte sich Bremen nicht widersetzen.

Sollte dieser Fall eintreten, entstehe eine neue Sachlage, die es zu bewerten gelte, auch in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit Bremer Unternehmen.

Allerdings verfüge derzeit noch kein Unternehmen in Bremen über entsprechende Fahrzeuge.

Herr Saxe verweist auf die eindeutige Beschlusslage der Bürgerschaft. An der fachlichen Einschätzung dürfte sich nichts geändert haben, es sei nach wie vor aus umweltpolitischen und wirtschaftlichen Gründen unsinnig und zudem unter Sicherheitsaspekten nicht zu verantworten. Der Feldversuch sei nur ein erster Schritt, die Gigaliner zu einem Regelfall werden zu lassen.

Gegen die Rechtmäßigkeit des Feldversuchs haben zudem die Bundestagsfraktionen der SPD und der Grünen eine Verfassungsklage eingereicht. Vor Ausgang des Verfahrens sollte auch nicht über Ausnahmegenehmigungen diskutiert werden.

Herr Pohlmann hält diese Debatte für Symbolpolitik. Der Feldversuch werde auch von einigen Unternehmen der Logistik-Branche abgelehnt, da er zu einem Verdrängungswettbewerb führe.

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den mündlichen Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 6	Verschiedenes	
--------------	----------------------	--

Herr Senator Lohse schlägt vor, dass Berichtswünsche, die bereits vorab schriftlich dem Ressort zugesandt werden, als Liste vorgelesen werden. Ein Vortragen durch die Fragesteller in der Sitzung könne dann entfallen.

6a	Herr Jägers wünscht einen Bericht zum Stand des Gutachtens zur Güterumgehungsbahn	
6b	Herr Jägers bittet um Prüfung und schriftlichen Bericht, ob die Strecke Oldenburg- Cloppenburg – Osnabrück als Ausweichstrecke für den Güterumgehungsverkehr zum Jade-Weser-Port geeignet ist.	
6c	Frau Dr. Schaefer regt an, bremenports um einen Bericht zur Umsetzung des Konzeptes „Greenports – Umweltmaßnahmen im Hafen“ zu bitten.	

Diese Berichte werden schriftlich zu einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 15. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll